Kammerton
Die digitale Kammerzeitung

Kammerversammlung schafft Zulassungsgebühr für Syndikusrechtsanwälte
Kammerversammlung schafft Zulassungsgebühr für Syndikusrechtsanwälte

Von der Einreise bis zum Asylpaket II

Unterstützung der polnischen Anwaltschaft

Neue Informationspflichten für die Anwalts-Homepage: Informationen zur Online-Streitbeilegung der EU

Wussten Sie schon? Welche Angaben müssen auf den Briefbogen?

Neuzulassungen in Berlin im Januar 2016

Meldungen

Kooperationsveranstaltungen der RAK Berlin mit dem DAI

Impressum
Kammerversammlung schafft Zulassungsgebühr für Syndikusrechtsanwälte

Kammerbeitrag für 2016 auf 335,- € festgelegt

Die Kammerversammlung hat am 9. März 2016 im Haus der Kulturen der Welt festgelegt, dass der Kammerbeitrag 2016 um 38,- € auf 335,- € steigt. Schatzmeister Michael Plassmann hatte zuvor deutlich gemacht, dass die Beitragserhöhung notwendig sei, da die Bundesrechtsanwaltskammer zum zweiten Mal in Folge einen erhöhten Beitrag zur Finanzierung des besonderen elektronischen Anwaltspostfaches (beA) abgerufen habe. Außerdem haben die Kammermitglieder § 1 Gebührenordnung der RAK Berlin so geändert, dass die Gebühr für die Zulassung zur Syndikusrechtsanwaltschaft bei 280,- €, die Zulassungsgebühr bei der gleichzeitige Zulassung zur Syndikusrechtsanwaltschaft und zur Anwaltschaft bei 350,- € und die Gebühr für die Bearbeitung eines Antrages auf Erstreckung einer bereits bestehenden Zulassung als Syndikusrechtsanwältin/-rechtsanwalt auf weitere Anstellungsverhältnisse oder geänderte Tätigkeiten bei 100,- € liegt.
Der Antrag des Vorstandes, die Beitragsordnung so zu ändern, dass sich der Kammerbeitrag bei der Doppelzulassung als Rechtsanwältin/-anwalt und als Syndikusrechtsanwalt/-anwältin grundsätzlich um 25% erhöht, wurde abgelehnt.

Die Kammerversammlung hat bei der Wahl der Vorschlagsliste für die anwaltlichen Mitglieder des Richterwahlausschusses RAin Ulrike Zecher als Mitglied und RAin Dr. Kersten Woweries, RA Dr. Christian Naundorf und RA Jens von Wedel als stellvertretende Mitglieder vorgeschlagen.

Zu Beginn ging Kammerpräsident Dr. Marcus Mollnau darauf ein, dass die BRAK ihre Aufgabe, das besondere anwaltliche Anwaltspostfach zum 01.01.2016 einzurichten, nicht erfüllt habe, und dass die RAK Berlin die BRAK daran messen werde, ob das beA mit allen angekündigten Funktionen und mit der versprochenen Sicherheit kommen werde. Zugleich warb er unabhängig von der Frage, wann eine berufsrechtliche Verpflichtung zur Nutzung entstehe, dafür, dass das beA das sichere, attraktive und komfortable anwaltliche Arbeits- und Kommunikationsmittel der nahen Zukunft werde.
Der Kammerpräsident dankte den fast 800 Kolleginnen und Kollegen, die sich innerhalb kurzer Zeit bereiterklärt hatten, sich als ehrenamtliche Vormünder für minderjährige Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen und er dankte auch dem Berliner Anwaltsverein für die sehr gute Zusammenarbeit bei dieser Aufgabe. RA Dr. Mollnau betonte, dass es keine leichte Entscheidung gewesen sei, die Zusammenarbeit mit dem BAV beim Berliner Anwaltsblatt aufzugeben, dass der neue digitale Kammerton aber den erheblichen Vorteil biete, auf Dauer deutlich kostengünstiger zu sein und dass die Kammermitglieder schneller erreicht werden könnten.

Schließlich wies der Kammerpräsident die Kritik des Bundesverbandes der Unternehmensjuristen an den bisherigen Zulassungsverfahren zur Syndikusrechtsanwaltschaft deutlich zurück und fügte hinzu, dass bis jetzt kein einziger dieser Zulassungsanträge von der zuständigen Abteilung VI abgelehnt worden sei.

Anschließend beschrieben die Vorsitzende der Abteilung VI, RAinuN Barbara Erdmann, und RAn Astrid Wirges, Vorstandsmitglied der Abt. VI, ausführlich den Stand der bislang 155 Zulassungsverfahren und legten dar, welche Prüfungspunkte (z.B. bzgl. vereinbarter Bonuszahlungen oder bzgl. des Vier-Augen-Prinzips) die Abteilung VI dem Gesamtvorsitz zur Entscheidung vorliege. Dabei entstand nicht der Eindruck, als wolle die Abteilung VI diesen Zulassungsanträgen Hürden in den Weg räumen.

![Präsidiumsmitglied Barbara Erdmann über die Zulassungsverfahren zur Syndikusrechtsanwaltschaft](image.png)

Foto: Rudolph

Die Kammerversammlung stimmte mit deutlicher Mehrheit für den etwas geänderten Antrag von RA Martin Heidemann, dass sich der Kammervorstand hinsichtlich der Beiträge für das beA an die BRAK wenden und sich für die Offenlegung der Verträge bzgl. des beA einsetzen soll.
Der Wirtschaftsplan 2016 wurde genehmigt, die bisherigen Mitglieder des Haushalts- und des Sozialausschusses wurden wiedergewählt.

Das 5. Jahresfest der Rechtsanwaltskammer im Anschluss an die Kammerversammlung war, u.a. von Justizsenator Thomas Heilmann und Staatssekretär Alexander Straßmeir, sehr gut besucht. Einige Kammermitglieder tanzten bis 2 Uhr.

RAin Ulrike Zecher, RAin Silvia Groppler und RAin Ulrike Badewitz (v.l.n.r.),
Foto: Schick

RAuN Kay-Thomas Pohl, früherer Kammerpräsident und Vorsitzender des Ausschusses Europa der BRAK, mit RA Christian Christiani, Geschäftsführer des BAV,
Foto: Schick
Die Vorstandsmitglieder Astrid Wirges (links) und Johanna Eyser (rechts) mit Vizepräsidentin Dr. Vera Hofmann in der Mitte,
Foto: Schick

Rechtsanwältin Dr. Sylvia Ruge, Geschäftsführerin der Schlichtungsstelle, und RA Jörg Schachschneider, Vorstand der RAK Berlin,
Foto: Schick
Von der Einreise bis zum Asylpaket II

Über die Fortbildungsveranstaltung der RAK Berlin für (kommende) ehrenamtliche Vormünder

So gut besucht war selten eine Fortbildungsveranstaltung der Rechtsanwaltskammer: Mehr als 100 Kammermitglieder, die eine ehrenamtliche Vormundschaft für minderjährige Flüchtlinge übernommen haben oder noch übernehmen wollen, kamen am 12. Februar 2016 in die Räume des Fachinstituts für Steuerrecht. Rechtsanwältin Annette Fölster erläuterte dort die Grundzüge des Asyl- und Aufenthaltsrechts, Dipl. Päd. Andreas Meißner die Grundlagen den Jugendhilfe für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.Hier kann der Text zum Artikel stehen...
Ein einführender Film zeigte die Situation eines alleine in Berlin lebenden Jungen. Im Anschluss beschrieb RAin Fölster den Ablauf des Asylverfahrens und die möglichen Entscheidungen. Seit dem 1.11.2015 ist die Handlungsfähigkeit nach §12 AsylG und § 80 AufenthaltsG auf 18 Jahre angehoben worden, so dass jüngere Flüchtlinge für die Anträge einen Vormund benötigen. RAin Fölster zeigte auf, welche Einschränkungen durch das Asylpaket II für minderjährige Flüchtlinge, etwa beim Familiennachzug, zu erwarten seien und konnte aus eigener Erfahrung den Teilnehmern der Veranstaltung hilfreiche Tipps für ihre ehrenamtliche Aufgabe geben.


*Die Veranstaltung ist seit kurzem ausgebucht.*
Unterstützung der polnischen Anwaltschaft

Der Schwerpunkt der anwaltsbezogenen Menschenrechtsarbeit der Rechtsanwaltskammer Berlin wird bis auf Weiteres vor allem im Bereich Mittel- und Osteuropa liegen, insbesondere bei unserem Nachbarland Polen:


RA Marc Wesser, Vizepräsident und Menschenrechtsbeauftragter der RAK Berlin,
Foto: Stefan Maria Rother

In den vergangenen Jahren haben sich zu vielen polnischen Kammern gute und freundschaftliche Beziehungen entwickelt. Die polnischen Kollegen haben darum gebeten, ihr Ringen um die Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit in Polen zu unterstützen. Die Rechtsanwaltskammer Berlin wird daher noch im Laufe dieses Jahres eine Informationsveranstaltung durchführen, bei der die rechtlichen und tatsächlichen Änderungen in Bezug auf das Justizwesen, die die polnische Regierung angekündigt oder teilweise sogar bereits umgesetzt hat, durch Repräsentanten der polnischen Anwaltschaft bewertet werden. Damit soll grenzüberschreitend ein Zeichen der anwaltlichen Verbundenheit gesetzt werden.

In der zweiten Jahreshälfte wird voraussichtlich ein Besuch in der Ostukraine stattfinden, um dort mit Vertretern der örtlichen Rechtsanwaltskammern etwaige Unterstützungsmöglichkeiten zu sondieren.

Foto Bühne: Artur Wierzbicki

Ganz konkret regelt Art. 14 Abs. 1 der EU-Verordnung 524/2013 folgende Informationsverpflichtung:

Artikel 14 Information der Verbraucher

(1) In der Union niedergelassene Unternehmer, die Online-Kaufverträge oder Online-Dienstleistungsverträge eingehen und in der Union niedergelassene Online-Marktplätze stellen auf ihren Websites einen Link zur OS-Plattform ein. Dieser Link muss für Verbraucher leicht zugänglich sein. In der Union niedergelassene Unternehmer, die Online-Kaufverträge oder Online-Dienstleistungsverträge eingehen, geben zudem Ihre E-Mail-Adressen an.

Ein Rechtsanwaltsvertrag mit einem Verbraucher ist ein Dienstleistungsvertrag im Sinne von Art. 4 Abs. 1 d der Richtlinie 2013/11/EU vom 21.05.2013 (Richtlinie über alternative Streitbeilegung in Verbrauchergeschäften). Die Richtlinie definiert den Dienstleistungsvertrag wie folgt:

Der Dienstleistungs begriff der EU-Verordnung ist somit sehr weitgehend; Anwaltsverträge mit Verbrauchern werden davon auf jeden Fall erfasst.

Wer muss gem. Art. 14 der EU-Verordnung 524/2013 informieren?

Nicht jeden Rechtsanwalt, der eine eigene Homepage hat, trifft die Informationspflicht aus Art. 14 Abs. 1 der Verordnung 524/2013 der EU:

Betroffen sind ausschließlich Rechtsanwälte, die (auch) Online-Dienstleistungsverträge mit Verbrauchern eingehen. Die Definition des Online-Dienstleistungsvertrages ergibt sich aus Art. 4 Abs. 1 e der ODR-Verordnung:


Erfasst werden somit nicht nur Online-Dienstleistungsverträge, die über die Internetseite des Rechtsanwaltes angebahnt werden, sondern auch Dienstleistungsverträge, die „auf einem anderen elektronischen Wege“ angeboten werden. Der „elektronische Weg“ ist gem. Art. 4 Abs. 1 g der Verordnung ein
elektronisches Verfahren zur Verarbeitung (einschließlich digitaler Kompression) und Speicherung von Daten, die vollständig über Kabel, Funk oder auf optischem oder anderem elektromagnetischem Weg gesendet, übermittelt oder empfangen werden. Hierzu gehört somit nicht nur ein entsprechendes Angebot an Verbraucher über die Internetseite, sondern auch bspw. ein Vertragsschluss per Email.

Wer als Rechtsanwalt auf seiner Internetseite über die Online-Streitbeilegungs-Plattform der EU informiert, kann sich im Übrigen im Streitfall nicht mehr darauf zurückziehen, keine Fernabsatzverträge im Sinne des § 312 c Abs. 1 BGB mit Verbrauchern zu schließen1. Es sollte dann auf jeden Fall darauf geachtet werden, dass der Verbraucher ordnungsgemäß über sein Widerrufsrecht informiert wird.

Die konkrete Information über die OS-Plattform
Art. 14 Abs. 1 der EU-Verordnung 524/2013 schreibt zwei Informationen vor:
Zum einen muss ein Link auf die Online-Streitbeilegungs-Plattform (http://ec.europa.eu/consumers/odr/) der EU zugänglich gemacht werden (OS-Plattform genannt). Des Weiteren muss die Email-Adresse angegeben werden.

“Hinsichtlich der praktischen Umsetzung der Informationspflicht sind viele Punkte ungeklärt.

Art. 14 der Verordnung spricht nur davon, dass der Link dem Verbraucher leicht zugänglich sein muss. Ob somit eine Information im Impressum ausreichend ist oder auf der Anwalts-Homepage ein gesonderter Link außerhalb des Impressums einzustellen ist, der dem Verbraucher deutlich macht, dass er unter diesem Link weitergehende Informationen zur OS-Plattform erhält, ist zum jetzigen Zeitpunkt unklar. Eine Information im Impressum auf der Anwalts-Homepage dürfte nach jetzigem Stand jedoch ausreichend sein. Die Information im Impressum hätte zudem den Vorteil, dass dort gleichzeitig auch über die Email-Adresse informiert wird.
Eine Erläuterung, um was es sich bei der OS-Plattform eigentlich handelt, hat der EU-Gesetzgeber hierbei nicht vorgeschrieben, so dass die Information „Der Link zur Online-Streitbeilegungs-Plattform der EU lautet http://ec.europa.eu/consumers/odr/“ ausreichend ist.

Wenn die Information über die OS-Plattform in einem gesonderten Unterlink außerhalb des Impressums dargestellt wird, muss jedoch neben dem Link auf die Online-Streitbeilegungs-Plattform der EU auf jeden Fall über die eigene Email-Adresse informiert werden.

Verlinkung auf die OS-Plattform ist zurzeit sinnfrei

Eine Verpflichtung des Unternehmers, in die ganz konkrete alternative Streitbeilegung in Deutschland bspw. einzuwilligen, gibt es im Übrigen für Rechtsanwälte nicht.

Wussten Sie schon? Welche Angaben müssen auf den Briefbogen?


Werden Zweigstellen unterhalten, so können die Anschriften der Zweigstellen auf den Briefbogen aufgenommen werden, müssen aber nicht. Umgekehrt muss die im Rechtsanwaltsregister eingetragene Kanzleianschrift auch auf Briefbögen angegeben werden, die nur für eine Zweigstelle verwendet werden.

Das Urteil des Bundesgerichtshofs vom 16.05.2012 – I ZR 74/11, in welchem der Bundesgerichtshof eine gegenteilige Auffassung vertrat, basiert noch auf der alten Fassung des § 10 BORA. Dort war der Begriff Kanzleianschrift noch nicht legaldefiniert. Die aktuelle Fassung des § 10 Abs. 1 BORA trägt diese Entscheidung nicht mehr.


§ 10 Abs. 2 BORA bestimmt, dass bei Gesellschaften immer- auch bei Verwendung
einer Kurzbezeichnung - die Namen aller Gesellschafter mit mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen anzugeben sind. Die Vorschrift ist verfassungsgemäß (BVerfG – 1 BvR 732/02- Beschluss vom 13.06.2002). Das erhöhte Schutzbedürfnis der Mandanten rechtfertigt die Pflicht zur Angabe aller Gesellschafter auf dem Briefbogen auch für (Rechtsanwalts-) Kapitalgesellschaften. Sofern aus Platzgründen nicht alle Gesellschafter auf der Vorderseite des Briefbogens genannt werden können, ist es zulässig, diese auf der Rückseite aufzulisten.

Wird eine Kurzbezeichnung verwendet, so darf diese nicht irreführend sein. Insbesondere ist es berufsrechts- und wettbewerbswidrig, mittels einer Kurzbezeichnung über die Größe der Kanzlei zu täuschen.

Ein Einzelanwalt darf zwar grundsätzlich auch eine (Phantasie-)Kurzbezeichnung führen, jedoch darf durch diese nicht der Eindruck entstehen, dass in seiner Kanzlei mehrere Rechtsanwälte tätig sind.

Bei einer beruflichen Zusammenarbeit im Sinne von § 59a BRAO müssen immer die Berufsbezeichnungen der nichtanwaltlichen Berufsträger in den Briefbogen aufgenommen werden, sofern diese auf dem Briefbogen genannt sind.


Neben § 10 BORA finden für Partnerschaftsgesellschaften und GmbH die §§ 7 Abs. 5 PartGG i.V.m. § 125a Abs. 1, S. 1, Abs. 2 HGB sowie § 35a GmbHG und § 80 AktG Anwendung. Dies hat zur Folge, dass unter anderem auch Registergericht und Registernummer angegeben werden müssen.

Freie Mitarbeiter oder angestellte Rechtsanwälte können auf dem Briefbogen aufgeführt werden, ohne dass die internen Vertragsverhältnisse klargestellt werden, haften dann aber als Scheinsozien. Das Soldan Institut für Anwaltsmanagement e.V. hat mit der Pressemitteilung vom 24.02.2016 auf die Problematik hingewiesen, dass nach neuen Forschungen angestellte Junganwälte häufig einem hohen Haftungsrisiko als Scheinsozien ausgesetzt seien.

Auch auf andere Formen der beruflichen Zusammenarbeit, beispielsweise

Foto Bühne: Rudolph
Neuzulassungen in Berlin im Januar 2016

Philipp Ahlers, Dr. Heike Alps, Annelise Badinand, James Bews, Dr. Xenia Boergen, Dr. Matthias Bohnen, Patricia Buhtz, Jutta Burghart, Im-Hee Cho, Susanne Deppe, Jelka Dombrowsky, Klaas Fernkorn, Vadim Friedinger, Frederik Gärtner, Friedrich Gebert, Silvia Hadler, Kathrin Hantusch, Julius Hasse, Juliane Hoffmann, Robert Janitzek, Felix Jannasch, Thomas Jennissen, Nadine Kaulmann, Anne Kling, Juana Kluger, Anja Kossok, Philipp Krüger, Stefan Lichtenegger, Dennis Lüdeking, Carolin Lütcke, Andreas Maaß, Tobias Mai, Natalia Mayer, Mirco Mecklenburg, Lars Meyer, Gerhard Müller-Machens, Johannes Nicol, Oliver Nowak, Dr. Mark Alexander Odenbach, Aynur Özdemir, Julia Persike, Holger Piorunek, Robert Protopopov, Dr. Max Putzer, Filip Rajsic, Stefanie Ramm, Marcus Ringelhan, André Rösler, Max Binyamin Schlüter, Christina Schröder, Dragan Skrebic, Linus Spohn, Michael Stiefel, Alexandra Thiel, Dr. Sebastian von Allwörden, Jörg-Ulrich Weidhas, Dr. Joachim Welz, Dr. Ulrich Wiedemann, Benjamin Wunderle

Neuzulassungen als Fachanwältin / Fachanwalt in Berlin im Januar 2016

Bank- und Kapitalmarktrecht Claudia Dreßler | Bau- und Architektenrecht Victor Yawo Schwarz | Medizinrecht Dr. Simon Alexander Lück, Maren Schellenberg | Strafrecht Piotr Duber | Sozialrecht Regina Maria Langner-Tiebel, Tilman Thiel
Meldungen

Seit 1. März 2016 viertes Familiengericht

Das Amtsgericht Köpenick hat zum 01.03.2016 seine Arbeit als viertes Berliner Familiengericht aufgenommen. Es ist örtlich zuständig für seinen eigenen Gerichtsbezirk, mithin den Verwaltungsbezirk Treptow/Köpenick.

Kein Lohn durch eigene Berufshaftpflichtversicherung einer Rechtsanwalts-GmbH: Urteil des BFH vom 19.11.2015

AnwG Köln zu unsachlicher Werbung auf der Website
Das Anwaltsgericht Köln hat mit Beschluss vom 20.01.2016 entschieden, dass die Werbung mit dem erfolgreichen Abschluss des theoretischen Prüfungsteils zur Verleihung eines Fachanwaltstitels gegen § 43b BRAO verstoßt.
Zum Beschluss des AnwG Köln vom 20.01.2016- 3 AnwG 14/15 R - https://www.rak-berlin.de/das-recht/rechtsprechung/rechtsprechung_AnwG_AGH.php

Warnung vor der „Kanzlei Nevoigt & Kollegen“
Die RAK Berlin weist darauf hin, dass es sich bei der „Kanzlei Nevoigt & Kollegen“ nicht um eine Rechtsanwaltskanzlei handelt.
Herr Nevoigt wurde durch das Landgericht Berlin unter dem 15.01.2015 unter anderem dazu verurteilt, es zu unterlassen, geschäftmäßig die Vertretung als Verfahrensbevollmächtigter in Beratungsangelegenheiten für Dritte vorzunehmen.

Preisauslobung des Forums Anwaltsgeschichte

Unterlassungsverpflichtung
Frau Yasmine Biré hat sich am 28.01.2016 gegenüber der Rechtsanwaltskammer Berlin verpflichtet, es zu unterlassen, geschäftmäßig und selbständig die Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten einschließlich der Rechtsberatung für Dritte vorzunehmen, Dritten anzubieten oder mit derartigen Tätigkeiten zu werben, solange nicht eine dazu von der zuständigen Behörde erforderliche Erlaubnis erteilt ist.

Allianz für Aus- und Weiterbildung
Am 01.02.2016 ist die Website der Allianz für Aus- und Weiterbildung online gegangen. Diese bietet kompakt Informationen über zentrale Themenfelder und Maßnahmen, auch für Flüchtlinge, sowie die Partner der Allianz für Aus- und Weiterbildung. Weiterhin sind Bündnisse der Länder beschrieben.

AGH-Verfahren in Sachen beA
Die BRAK hat über die mündliche Verhandlung am 24.02.2016 in Sachen beA vor dem AGH Berlin informiert. Zwei Berliner Rechtsanwälte hatten im einstweiligen Rechtsschutzverfahren beantragt, die BRAK zu verpflichten, das jeweilige besondere
elektronische Anwaltspostfach nur mit ihrer ausdrücklichen Zustimmung zum Empfang freizuschalten. Das Verfahren, so die BRAK, sei noch nicht abgeschlossen worden. Die Parteien hätten sich auf einen Vergleich geeinigt, in dem u.a. festgelegt worden sei, dass die BRAK das beA bis zum rechtskräftigen Abschluss des Hauptscheerverfahrens nicht einrichten werde. Die Hauptversammlung der BRAK hat am 14.03.2016 beschlossen, den Vergleich zu widerrufen.

Newsletter der BRAK vom 04.03.2016
Die Bundesrechtsanwaltskammer berichtet in ihrem Newsletter 5/2016 vom 04.03.2016 über:


ZUR WEBVERSION DES BRAK-NEWSLETTERS

ZUR PDF-VERSION DES BRAK-NEWSLETTERS

Umfrage zur Termsgebühr Nr. 1010 VV RVG

ZUM FRAGEBOGEN

ZU DEN AKTUELLEN VERANSTALTUNGEN

ZUR AKTUELLEN JAHRESÜBERSICHT 2016
Herausgeber:
Rechtsanwaltskammer Berlin
Körperschaft des öffentlichen Rechts
vertreten durch den Präsidenten RA Dr. Marcus Mollnau

Geschäftsstellenleitung:

Hauptgeschäftsführerin: RAin Marion Pietrusky

Bundesrechtsanwaltskammer:

Die RAK Berlin gehört der Bundesrechtsanwaltskammer (BRAK), Körperschaft des öffentlichen Rechts, an: BRAK, Littenstraße 9, D-10179 Berlin. Informationen über die BRAK finden Sie unter

www.brak.de

Verantwortlich für den Inhalt:

RAin Marion Pietrusky, Hauptgeschäftsführerin der RAK Berlin,
RA Benno Schick, Geschäftsführer der RAK Berlin
RA Dr. Andreas Linde, Geschäftsführer der RAK Berlin

Lizenzgeber, sowie verantwortlich für Konzeption, Design und Entwicklung:

Taikonauten GmbH & Co. KG
www.taikonauten.com

Bundesrechtsanwaltskammer

Die RAK Berlin gehört der Bundesrechtsanwaltskammer (BRAK), Körperschaft des öffentlichen Rechts, an: BRAK, Littenstraße 9, D-10179 Berlin. Informationen über die BRAK finden Sie unter www.brak.de

Gesetze und Satzungen:

Es wird insbesondere auf folgende Gesetze und Satzungen verwiesen:
Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO), Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG), Berufsvorschriften für Rechtsanwälte (BORA), Fachanwaltsordnung (FAO), Gesetz über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland (EuRAG), Berufsvorschriften der Rechtsanwälte der Europäischen Union (CCBE), Strafgesetzbuch (StGB), Partnerschaftsgesellschaftsgesetz (PartGG), Rechtsdienstleistungsgesetz (RDG).
Diese Gesetze können zum Teil über das Internetportal der Bundesrechtsanwaltskammer sowie über das Internetportal des Bundesjustizministeriums abgerufen werden.

Zuständige Aufsichtsbehörde:
Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
Salzburger Str. 21-15, 10825 Berlin

Haftungsausschluss, Verlinkung und Copyright:

Urheberrecht:

Links auf Webseiten Dritter - Haftungsausschluss:
Die veröffentlichten Hyperlinks werden mit größtmöglicher Sorgfalt recherchiert und zusammengestellt. Die Betreiber haben keinen Einfluss auf die aktuelle und zukünftige Gestaltung der verlinkten Webseiten. Sie sind nicht für den Inhalt dieser verknüpften Webseiten verantwortlich und machen sich deren Inhalt nicht zu eigen. Für illegale, fehlerhafte oder unvollständige Inhalte sowie für Schäden, die durch die Nutzung oder Nichtnutzung der Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Webseite, auf die verlinkt wurde. Die Haftung desjenigen, der lediglich auf die Veröffentlichung durch einen Hyperlink hinweist, ist ausgeschlossen.

Geschäftsstelle

Geschäftsstelle der Rechtsanwaltskammer Berlin:
Littenstraße 9
10179 Berlin
Telefon: 030/30 69 31 0
Telefax: 030/ 30 69 31 99
E-Mail: info @ rak-berlin.org (Spamschutz; bitte Leerstellen vor und nach @ weglassen)

Ergänzende Angaben nach Telemediengesetz (TMG):


Analysedienste

Unsere Website verwendet Piwik, dabei handelt es sich um einen sogenannten Webanalysedienst. Piwik verwendet sog. „Cookies“, das sind Textdateien, die auf Ihrem Computer gespeichert werden und die unsererseits eine Analyse der Benutzung der Webseite ermöglichen. Zu diesem Zweck werden die durch den Cookie erzeugten Nutzungsinformationen (einschließlich Ihrer gekürzten IPAdresse) an unseren Server übertragen und zu Nutzungsanalysezwecken gespeichert, was
der Webseitenoptimierung unsererseits dient. Ihre IPAdresse wird bei diesem Vorgang umgehend anonymisiert, so dass Sie als Nutzer für uns anonym bleiben. Die durch den Cookie erzeugten Informationen über Ihre Benutzung dieser Webseite werden nicht an Dritte weitergegeben. Sie können die Verwendung der Cookies durch eine entsprechende Einstellung Ihrer Browser Software verhindern, es kann jedoch sein, dass Sie in diesem Fall gegebenenfalls nicht sämtliche Funktionen dieser Website voll umfänglich nutzen können.

Wenn Sie mit der Speicherung und Auswertung dieser Daten aus Ihrem Besuch nicht einverstanden sind, dann können Sie der Speicherung und Nutzung nachfolgend per Mausklick jederzeit widersprechen. In diesem Fall wird in Ihrem Browser ein sog. OptOutCookie abgelegt, was zur Folge hat, dass Piwik keinerlei Sitzungsdaten erhebt. Achtung: Wenn Sie Ihre Cookies löschen, so hat dies zur Folge, dass auch das OptOutCookie gelöscht wird und ggf. von Ihnen erneut aktiviert werden muss. Hier kann der Text zum Artikel stehen...